

Building resistance: Ansätze EU-weiter Protestkoordination

Alexandra Strickner

Einleitung

Seit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise sind nicht nur in jenen Ländern, in denen die Auswirkungen der europäischen Krisenpolitik zu massiven sozialen Verwerfungen geführt haben, neue soziale Bewegungen entstanden, sondern es gab auch eine Vielzahl von Versuchen einer EU-weiten Protestkoordination. Diesen Ansätzen gemein ist das Wissen darum, dass Proteste und Widerstand auf nationaler Ebene allein nicht ausreicht, um die Krisenpolitik der EU zu verändern oder – dort wo noch möglich, weil noch nicht beschlossen – zu verhindern.

Die Ansätze, die die unterschiedlichen Akteure verfolgen, sind so wie die Verfasstheit der sozialen Bewegungen, der Gewerkschaften und der kritischen Zivilgesellschaft selbst: sie setzen an unterschiedlichen Punkten an, sie sind z.T. widersprüchlich und müssen generell als Suchprozesse verstanden werden, die manchmal mit mehr, manchmal mit weniger Erfolg gekrönt sind. Im Vergleich zu den Ansätzen EU-weiter Protestkoordination in den ersten Jahren des neuen Jahrtausends, die vor allem im Rahmen des Europäischen Sozialforenprozesses stattfanden, gibt es jedoch einen zentralen Unterschied: die EU Krisenpolitik und die EU Institutionen selbst – vor allem die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank und zunehmend auch der Euro – sind ins Zentrum der Auseinandersetzung gerückt. Nie zuvor gab es innerhalb nationaler Protestbewegungen eine derart intensive und breite Auseinandersetzung mit diesen Fragen. Dieser Beitrag versucht einen skizzenhaften Über- und Einblick über einige Ansätze EU-weiter Protestkoordination zu geben und Herausforderungen und Schwierigkeiten zu benennen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Neue Ansätze EU-weiter Protestkoordination

Die bisherigen Versuche EU-weiter Protestkoordination – vor dem Ausbruch der Krise – wurden vor allem von bestehenden Organisationen der Zivilgesellschaft und von Gewerkschaften organisiert und getragen. Die wohl größte EU-weite Protestkoordination zu Beginn der 2000er Jahre war jene gegen den Irak-Krieg, gefolgt von den Protesten gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Seit dem Ausbruch der Krise gibt es nicht nur eine neue Welle sozialer Proteste und die Entstehung neuer sozialer Bewegungen auf nationaler Ebene, sondern auch eine neue Welle EU-weiter Protestkoordination, die an unterschiedlichen Stellen ansetzt und von unterschiedlichen AkteurInnen getragen wird. Beim Versuch einer Kategorisierung dieser neuen Ansätze könnte man folgende Gruppen dafür verwenden:

- Ansätze EU-weiter Protestkoordination der neuen sozialen Bewegungen
- Ansätze EU-weiter Protestkoordination entlang von Kernelementen der EU-Krisenpolitik (Economic Governance, TTIP, Finanzialisierung der Natur, Water)

- Ansätze EU-weiter Protestkoordination entlang zentraler EU-Institutionen (Blockupy/Troika)
- Ansätze EU-weiter Protestkoordination gegen Rechtstextremismus und Faschismus

Ansätze EU-weiter Protestkoordination der neuen sozialen Bewegungen

Inspiziert von den Protesten in Nordafrika, die heute unter dem Begriff „Arabischer Frühling“ subsumiert sind, entstanden vor allem in den südeuropäischen Ländern – Spanien, Portugal und Griechenland – in der Folge harscher Austeritätsprogramme, die seitens der EU Institutionen als Gegenleistung für den Erhalt von finanzieller Unterstützung in Abstimmung mit den Regierungen dieser Länder umgesetzt werden, neue soziale Bewegungen und Initiativen.

Diese Bewegungen sind Graswurzelbewegungen, die zum einen in ihren Ländern konkret gegen die Auswirkungen der Austeritätspolitik kämpfen – u.a. in dem sie versuchen z.B. Delogierungen zu verhindern oder alternative Versorgungsstrukturen aufzubauen, um z.B. den Zugang zu Nahrung oder Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Zum anderen grenzen sich diese Bewegungen oft gegenüber Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ab, die sie oftmals als Teil des Systems und Teil des Problems sehen.

Diese neuen sozialen Bewegungen koordinieren sich themenübergreifend innerhalb eines Prozesses, welchen sie „Agora 99. Overflow Europe – European Meeting on Debt, Rights and Democracy“ nennen (siehe <http://99agora.net>). Bisher fanden zwei große Treffen statt – eines in Madrid (November 2012) und eines in Rom (November 2013). Die Organisation und Durchführung dieser europäischen Treffen erfolgt – entsprechend der Kultur dieser neuen Bewegungen – in einem breiten, transparenten und horizontalen Vorbereitungsprozess. Ziel der Agora 99 Treffen ist, einen kollektiven Ermächtigungsprozess zu ermöglichen. Ein Blick auf die Programme der beiden Treffen zeigt, dass es um die Vernetzung realer Kämpfe und den Austausch und die Entwicklung gemeinsamer Strategien und Aktionsformen sowie die Diskussion und Reflexion radikaler Alternativen geht, wie z.B. Commons, das Recht auf Wohnen, das Recht auf die Stadt etc. oder auch neue verfassungsgebende Prozesse in Europa.

Im Gegensatz zu anderen bzw. älteren Ansätzen EU-weiter Protestkoordination zeichnet sich dieser vor allem durch zwei weitere Elemente aus: zum einen ist die Planung und Durchführung gemeinsamer, dezentraler Aktionstage ein zentrales Element für den Auf- und Ausbau der EU-weiten Protestkoordination. Der Aufruf und die Koordination gemeinsamer Aktionstage wird als Möglichkeit gesehen, soziale Kämpfe, die auf lokaler Ebene stattfinden, zu vernetzen und so anhand von gemeinsamen Aktionen gegenseitiges Vertrauen und gemeinsame Erfahrungen aufzubauen. Zum anderen wird auch auf europäischer Ebene der horizontale Ansatz in der Diskussionsform umgesetzt. Bei den Agora 99 Treffen gibt es kein Podium von dem Vorschläge aus präsentiert werden, die dann von den anderen kommentiert werden. Die Diskussion findet in Agoraform – also im Kreis statt – und zentrale Diskussionen und Debatten werden per live-stream und ex-post online auch jenen zugänglich gemacht, die nicht mit dabei sein können bzw. konnten. Die Bilder der bisherigen Agora 99 Treffen machen sichtbar, dass die Menschen, die in diesen Bewegungen engagiert sind, mehrheitlich junge Menschen sind. Auch die Nutzung der neuen Medien und das Öffentlichmachen der Treffen und Diskussionen über diese, unterscheidet diese Protestkoordination von anderen.

Agora 99 kann man bis zu einem gewissen Grad daher auch als Ort für eine übergreifende Koordination einer Vielzahl von lokalen Kämpfen bezeichnen. Viele dieser lokalen Kämpfe koordinieren sich auf europäischer Ebene auch entlang der thematischen Achsen. Dazu zählen u.a. das europäische Netzwerk von sozialen Bewegungen, die sich gegen große sinnlose Infrastrukturprojekte (www.drittes-europaeisches-forum.de) wehren – von Stuttgart 21, über den Schnellzug durch das Aosta Tal (No TAV) bis hin zum Widerstand gegen den geplanten Flughafen in Notre-Dame-des Landes, die Kämpfe für das Recht auf Wohnen (<http://europeandayofactionforhousingrights.wordpress.com>) oder das internationale Netzwerk für einen Schuldenaudit durch BürgerInnen (International Citizen Debt Audit Network - www.citizen-audit.net), um nur einige davon zu erwähnen.

In diesen EU-weiten Koordinationsräumen entstehen immer wieder gemeinsam koordinierte Protesttage, wie z.B. zuletzt im Oktober 2013 der europäische Aktionstag für das Recht auf Wohnen (www.europeandayofactionforhousingrights.wordpress.com). Auch wenn nicht alle Aktionstage medial breit wahrgenommen werden, so sind diese ein wichtiger Beitrag für den Aufbau europaweiter Protestkoordination, der die Zusammenarbeit und die Solidarität über die Grenzen hinweg stärkt und den Aufbau von Koordinations- und Kommunikationsstrukturen befördert.

Ansätze EU-weiter Protestkoordination entlang der Kernelemente europäischer Krisenpolitik

Neben der Koordinierung konkreter lokaler Kämpfe gegen die Auswirkungen der EU-Krisenpolitik sind seit 2008 auch neue Koordinationsräume rund um die Kernelemente der europäischen Krisenpolitik entstanden oder im Entstehen. Zu diesen Kernelementen kann man Folgendes zählen:

- die EU-Krisenpolitik rund um die Einhegung der politischen Entscheidungsspielräume nationaler Regierungen und Parlamente hinsichtlich der öffentlichen Budgets – wie z.B. Maßnahmen wie der Six-Pack, der Fiskalpakt, der Two-Pack oder aktuell der Wettbewerbspakt. Diese Maßnahmen werden unter dem Vorwand gesetzt, dass die Ursache der Krise zu hohe Staatsausgaben seien und es Maßnahmen braucht, diese einzudämmen.
- die Schaffung einer transatlantischen Freihandelszone zwischen der EU und den USA, bekannt auch unter der Abkürzung TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership. Anfang 2013 hat die Europäische Kommission die Verhandlungen dafür begonnen, mit dem Argument, diese Maßnahme wäre notwendig, um durch Wachstum Arbeitsplätze zu schaffen.
- das Herstellen neuer Investitionsmöglichkeiten für renditesuchendes Kapital durch die Finanzialisierung der Natur. Dabei soll die Natur in ihrer Gesamtheit der Profitlogik unterworfen werden und Umwelt- und Klimaziele mittelfristig in erster Linie durch marktbasierende Instrumente, wie z.B. dem Emissionshandel, erreicht werden.

Entlang dieser drei Bereiche sind verschiedene EU-weite Ansätze der Protest- und Widerstandskoordination entstanden, die sich zum Teil überschneiden, zum Teil auch parallel nebeneinander bestehen und in denen sich unterschiedliche Gruppen organisieren.

Rund um die Einhegung der nationalen Entscheidungsspielräume in Bezug auf öffentliche Budgets bzw. die Austeritätspolitik der EU sind drei EU-weite Koordinationsräume entstanden: der Alterssummit-Prozess, Europa geht anders und die EU in Crisis Initiative.

Der Alterssummit Prozess (www.alterssummit.eu) ist aus einem Dialograum von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen entstanden, der unter dem Titel „Joint Social Conference“ im Rahmen des Europäischen Sozialforums in Malmö/Schweden 2008 entwickelt wurde. Der etwas irreführende Begriff Alterssummit, der nicht Eingeweihte wahrscheinlich an ein Gipfeltreffen denken lässt, steht für den Versuch einer europaweiten Koordination von Protesten gegen die Austeritätspolitik und der Suche nach alternativen Antworten zur aktuellen Politik. Bisher wurde im Rahmen dieses Prozesses ein gemeinsames Manifest erarbeitet, welches im Rahmen eines ersten Events Anfang Juni 2013 in Athen vorgestellt wurde. Die Erarbeitung des Alterssummit Manifests – mit all seinen Grenzen und Widersprüchen – kann und sollte man durchaus als einen wichtigen Schritt hinsichtlich der Erarbeitung eines gemeinsamen politischen Nenners und erster Elemente einer gemeinsamen politischen Vision für ein anderes Europa – bezeichnen. Mit diesem Dokument wurde zumindest innerhalb der teilnehmenden Organisationen die Debatte darüber, welches Europa wir wollen, gestartet oder vorangetrieben.

Den Kern der Akteure, die sich innerhalb des Alterssummit Prozesses organisieren, bilden jene Gewerkschaften, die offensiv einen intensiveren Austausch und Koordination mit sozialen Bewegungen und NGOs anstreben, soziale Bewegungen (u.a. Attac Gruppen aus verschiedenen Ländern), NGOs aus den Bereichen Soziales (u.a. die Europäische Armutskonferenz und in begrenztem Ausmaß Umweltorganisationen) sowie politische Bildungsorganisationen wie z.B. Transform. Neue soziale Bewegungen, wie jene, die sich innerhalb von Agora 99 organisieren, fehlen jedoch fast zur Gänze in diesem Prozess. Dafür gibt es mehrere Gründe. Neben der skeptischen Haltung neuer sozialer Bewegungen gegenüber Gewerkschaften – vor allem in den südeuropäischen Ländern – ist der Prozess organisatorisch und methodisch sehr stark entlang der Gepflogenheiten der dort zentralen Akteure – v.a. der Gewerkschaften – organisiert. Diese bevorzugen reale Treffen. Folglich ist die Teilnahme daran für AktivistInnen aus den neuen Bewegungen aufgrund finanzieller Grenzen nur in begrenztem Ausmaß – wenn überhaupt – möglich. Die Nutzung neuer Medien für die Koordination der Arbeit oder auch neuer Methoden im Rahmen von Treffen findet spärlich oder gar nicht statt. In Summe führt dies dazu, dass auch jene sozialen Bewegungen, die an diesem Prozess interessiert sind bzw. teilnehmen wollen aufgrund dieser Rahmenbedingungen ausgeschlossen bleiben.

Die Dynamik des Alterssummit Prozesses hat seit dem Event in Athen im Juni 2013 merklich nachgelassen. Als politische Prioritäten für 2014 haben die aktiven Organisationen dieser EU-weiten Protestkoordination drei Bereiche definiert: Kämpfe gegen die EU-Austeritätspolitik inklusive der Troika, Widerstand gegen das EU-US Freihandelsabkommen und Widerstand bzw. die Erarbeitung von Strategien gegen die immer größer werdende extreme Rechte und Neonazis.

Abgesehen vom Alterssummit Prozess gibt es zwei weitere gegenwärtig dynamischere Ansätze EU-weiter Protestkoordination rund um die EU-Krisenpolitik: die EU-in-Crisis Initiative und die in Österreich gestartete Initiative „Europa geht anders“ (www.europa-geht-anders.eu). Die EU-in-Crisis Initiative wurde 2012 u.a. von Corporate Europe Observatory und dem Transnational Institute in Kooperation mit Akteuren wie Attac lanciert. Sie ist zum einen ein inhaltlicher Austauschraum über die gegenwärtige EU-Krisenpolitik und versucht nunmehr eine Brücke zwischen dem eher stark von Gewerkschaften dominierten Alterssummit Prozess und dem von Bewegungen dominierten Agora 99 Prozess zu schaffen. Anfang Oktober 2013 fand in Amsterdam ein europaweites Strategietreffen statt, mit dem Ziel konkrete Strategien und Aktionen gegen die unter dem Begriff

„Economic Governance“ subsumierte EU-Krisenpolitik und die Troika zu erarbeiten. An diesem Treffen nahmen rund 60 Personen teil, die aus Gewerkschaften und von alten und neuen soziale Bewegungen kamen. Im Rahmen dieses Treffens wurde eine Reihe konkreter Aktionsformen und Strategien sowie Ideen für Mobilisierungen erarbeitet, die in der Folge in andere Koordinationsräume (u.a. Agora 99, das Altersummit Mitgliedertreffen, Blockupy Treffen) eingespeist wurden. Die meisten dieser Aktionen und Strategien sind gegenwärtig in Umsetzung. Auffallend dabei ist, dass es in diesem Rahmen möglich war bzw. ist, Protestkoordination nicht nur in Form von gemeinsamen Aktionstagen zu denken und zu entwickeln. Zugleich kommt diese Initiative bislang ohne Sichtbarkeit nach außen aus – es gibt lediglich eine Email-Liste und Telefonkonferenzen, mittels derer die Koordination erfolgt.

Die „Europa geht anders“ Initiative, welche sich im Mai 2013 in vier EU Ländern – Österreich, Deutschland, Frankreich und Italien – der Öffentlichkeit präsentierte, komplettiert dieses Bild um eine weitere Dimension. Langfristig geht es dieser Initiative um die Beförderung der Diskussion eines anderen Europas, der unmittelbare Fokus der Initiative bei ihrer Gründung ist die Verhinderung des Wettbewerbspaktes. Während alle anderen Ansätze EU-weiter Protestkoordination von VertreterInnen von Organisationen und Bewegungen bzw. AktivistInnen sozialer Kämpfe lanciert wurden, ist diese Initiative eine Zusammenschluss von progressiven, kritischen Personen aus unterschiedlichen Bereichen: sie kommen aus der Wissenschaft, aus Parteien, aus sozialen Bewegungen, politischen Bildungsorganisationen, Gewerkschaften und NGOs. Diese Bandbreite erlaubt, nicht nur ein breiteres Bild hinsichtlich der Kritik an der aktuellen Politik gegenüber den Medien und einer breiten Öffentlichkeit sichtbar zu machen und sondern ermöglicht auch Bruchlinien vor allem innerhalb von Parteien zu öffnen, die nach außen hin offiziell die aktuelle EU-Krisenpolitik unterstützen. In Österreich hat diese Initiative es geschafft, den Druck auf den österreichischen Bundeskanzler soweit zu erhöhen, dass dieser sich vorab kritisch zum Vorhaben des Wettbewerbspaktes äußern musste und diese Position auch bislang im EU-Rat vertrat. Eine Entscheidung über diesen Pakt wird frühestens im Oktober 2014 stattfinden. Diese Verzögerung ist ein kleiner Zwischenerfolg, der Zeit für die Verbreiterung des Widerstands schafft.

Rund um das Thema des EU-US Freihandelsabkommen (TTIP) ist gerade eine europaweite Protestplattform im Entstehen, an der Gruppen aus sehr unterschiedlichen Spektren vertreten sind: bei einem ersten Koordinationstreffen Mitte Dezember 2013 nahmen Personen aus sozialen Bewegungen wie Via Campesina oder Attac, aus Gewerkschaften, Umweltorganisationen, von den No-Acta Gruppen bis hin zu VertreterInnen der klassischen Konsumentenschutzorganisationen teil. Trotz unterschiedlicher Zielsetzungen dieser Gruppen scheint es zu gelingen, eine breite Plattform zu entwickeln, in der man Aktionen und Strategien zur Verhinderung dieses Abkommens koordiniert. Angesichts dessen, dass TTIP auf nahezu alle gesellschaftliche Gruppen negative Auswirkungen hat – es stellt letztlich die Profitinteressen von transnationalen Konzernen in der EU und den USA über Menschenrechte und die Interessen der Natur, inklusive der Möglichkeit und Garantie neue Gesetze oder Regeln über das Klagerecht für Investoren auszuhebeln – liegt in dieser Protestkoordination auch das Potential, dass viele Akteure in vielen verschiedenen Ländern sich beteiligen. Der zunehmende Widerstand in vielen Ländern hat bereits eine erste Reaktion seitens der Europäischen Kommission erzwungen. Karel de Gucht, der gegenwärtige EU-Handelskommissar, will nun ein öffentliches Konsultationsverfahren über die Klagerecht für Investoren durchführen.

Die bisher beschriebenen Ansätze EU-weiter Protestkoordination nehmen jene wirtschaftspolitischen Krisenmaßnahmen in den Blick, die massive soziale Auswirkungen nach sich ziehen – von der Zerstörung sozialstaatlicher Einrichtungen, dem Abbau sozialer Rechte bis hin zur Arbeitslosigkeit. Daneben gibt es jedoch auch Versuche einer EU-weiten Protestkoordination all jener zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialer Bewegungen, deren Kämpfe an den gesellschaftlichen Naturverhältnissen anknüpfen. Dazu zählen Kämpfe für eine Energiewende (u.a. Mobilisierungen gegen den Braunkohleabbau, gegen die Förderung von Schiefergas, gegen den Ausbau von Atomkraft, Kämpfe für die Rekommunalisierung von Energie- und Wasserunternehmen etc.), Kämpfe für Ernährungssouveränität (u.a. die Umsetzung von solidarischen Landwirtschaftsmodellen oder den Zugang zu Land z.B. SoLiLa - <http://17april.blogspot.eu/> oder www.reclaimthehighfields.org), Kämpfe für eine andere Klimapolitik (u.a. Mobilisierungen für ein Ende des Europäischen Emissionshandels www.scrap-the-euets.makenoise.org und gegen große Infrastrukturprojekte) aber auch Kämpfe gegen den Abbau von anderen Naturressourcen wie z.B. Gold (siehe den Widerstand gegen Goldminen in Rumänien oder Griechenland). Für viele dieser Kämpfe gibt es thematische EU-weite Protestkoordinationen. Darüber hinaus hat sich in den letzten Jahren auch ein loser Austauschraum rund um das Thema der Finanzialisierung der Natur entwickelt. Darin versuchen VertreterInnen dieser Kämpfe sich zu koordinieren und ein gemeinsames Verständnis über die aktuellen politischen Prozesse rund um die weitere Inwertsetzung der Natur bis hin zur Finanzialisierung zu entwickeln (siehe z.B. Biodiversitätsoffsetting (www.no-biodiversity-offsets.makenoise.org)). Innerhalb dieser EU-weiten Protestkoordination gibt es auch immer wieder Versuche, Brücken zu den Kämpfen gegen die sozialen Auswirkungen der Krise zu schlagen. Allerdings stößt man hier oft schnell an Grenzen und vor allem zentrale Widersprüche, für die es gegenwärtig zu wenige Diskussionsräume gibt. Einer dieser Widersprüche ist jener zwischen der Notwendigkeit, eine Antwort auf die massive und steigende Arbeitslosigkeit zu finden – mehr als 27 Millionen Menschen sind in Europa derzeit ohne Arbeit – und der Notwendigkeit, die Ausbeutung der Natur drastisch zu verringern und den Klimawandel einzudämmen. So steht der Abbau von z.B. Gold bzw. Braunkohle oder der Bau von großen Infrastrukturprojekten v.a. für Gewerkschaften, sozialdemokratischen und linken Parteien für Wachstum und Arbeitsplätze und damit einen Weg aus der sozialen Krise. Jene, die dagegen Widerstand leisten, sehen darin nicht nur die Zerstörung der Natur oder ihres Lebensraumes, sondern auch die Verlängerung eines ökologisch desaströsen Wirtschaftsmodells. Für die Entwicklung von konkreten Transformationsschritten, die beide Anliegen mitdenken und die vor allem auch kurzfristig umsetzbar sind, braucht es mehr Dialog- und Diskussionsräume.

Ansätze EU-weiter Protestkoordination entlang zentraler EU Institutionen

Seit 2012 ruft das Bündnis Blockupy (www.blockupy-frankfurt.org) zu Aktionstagen in Frankfurt auf, mit dem Ziel das Tagesgeschäft der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main zu stören und gegen die europäische Finanzpolitik im Hinblick auf die Eurokrise zu protestieren. Das Bündnis entstand ursprünglich in Deutschland als Zusammenschluss unterschiedlicher Organisationen aus einem breiten linken Spektrum und unterschiedlicher Organisationen. Gewerkschaften sind genauso Teil des Bündnisses, wie Attac, deutsche Occupy Bewegungen oder die Interventionistische Linke. Seinen Namen hat das Bündnis von der Aktionsform der Blockade und der Occupy-Bewegung

abgeleitet. Teil der Aktionstage, zu denen das Bündnis 2012 und 2013 aufgerufen hatte, waren auch Blockaden. Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen für Blockupy 2014 bei der das Ziel die Blockade der Eröffnung des neuen EZB Gebäudes ist. Der Vorbereitungsprozess dafür hat sich mittlerweile europäisiert, an den Vorbereitungstreffen nehmen immer mehr Personen aus verschiedensten sozialen Bewegungen anderer europäischer Länder teil. Im Vergleich zu den anderen Ansätzen EU-weiter Protestkoordination, die sich an politischen Maßnahmen orientieren oder soziale Kämpfe von unten zu koordinieren versuchen, setzt diese Protestkoordination an einer zentralen EU-Institution – der EZB – an, rund um die einmal jährlich eine große Mobilisierung in Form von Aktionstagen stattfindet. Ein Ziel dabei ist, die Auseinandersetzung mit dieser Institution ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung zu rücken. Für die Initiatoren der Blockupy Bewegung ist diese Mobilisierung auch eine Möglichkeit, den Widerstand gegen die EU-Krisenpolitik in Deutschland aufzubauen bzw. nach Deutschland zu bringen. Denn dort ist der Widerstand gegen die EU-Krisenpolitik bislang gering, weil die breite Masse der Deutschen der Krisenerzählung der deutschen Regierung und der Medien – die südeuropäischen Länder hätten über ihre Verhältnisse gelebt – bisher Glauben schenkt. Der Wahlsieg Angela Merkels bei den letzten Bundestagswahlen im September 2013 zeigte dies eindrücklich. Ein weiterer Grund dafür ist, dass in Deutschland viele der strukturellen Reformen, die die deutsche Regierung jetzt via EU-Krisenpolitik den anderen EU Ländern abverlangt – wie z.B. die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes –, mit Hartz IV und der Agenda 2020 bereits Anfang der 2000er Jahre umgesetzt wurden.

Neben Blockupy gibt es auch Ansätze von AktivistInnen und Bewegungen, sich stärker rund um die Troika zu organisieren. Die Troika ist ein Kontrollgremium, das aus Vertretern der EZB, des Internationalen Währungsfonds und der EU-Kommission besteht. Ihre Aufgabe ist, die Verhandlungen mit Mitgliedsländern der Euro-Gruppe zu führen, bei welchen der Staatshaushalt in die Schieflage geraten ist. Das Projekt Troikawatch (www.troikawatch.net), welches vor kurzem gestartet wurde, ist ein Versuch das Wissen über die Aktivitäten der Troika in den Ländern, in denen sie agiert, zu sammeln und so den Bewegungen in ganz Europa zur Verfügung zu stellen.

Ansätze EU-weiter Protestkoordination gegen die Extreme Rechte

Die sozialen Auswirkungen der Krise führen zu einem zunehmenden Zuspruch zu Organisationen und Parteien mit rechtsextremem Gedankengut. Diese Entwicklung fand bislang vor allem in osteuropäischen Ländern statt, wo die Zurichtung von Gesellschaften und Wirtschaft entsprechend dem neoliberalen Dogma bereits in den 90er Jahren stattfand. Bereits vor Ausbruch der Krise entstand daher eine EU-weite Protestkoordination – das Prague Spring 2 Netzwerk gegen Rechtsextremismus und Populismus (www.praguespring2.net). Mit dem Einzug der Goldenen Morgenröte, einer griechischen Neonazipartei ins Griechische Parlament im Jahr 2012, und substantiellen Zugewinnen rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien in vielen anderen westeuropäischen Ländern in den letzten Jahren (u.a. Finnland, Schweden, Norwegen, Österreich, Frankreich, Niederlande, Ungarn, Bulgarien etc.) wird die Auseinandersetzung und die transnationale Koordination gegen diese Entwicklungen immer dringender. Nicht zuletzt deshalb wurde im Rahmen der strategischen Prioritäten des Altersummit Prozesses dieses Thema als eines der drei Schwerpunkte definiert. Allerdings besteht auch hier die Herausforderung, den Widerstand gegen diese Entwicklung mit den Kämpfen gegen die EU-Krisenpoli-

tik und für konkrete Alternativen, die eine Antwort auf die soziale Verelendung bieten zu verknüpfen. In diesem Zusammenhang ist die europäische Initiative „Solidarity for all“ (www.solidarity4all.gr) erwähnenswert, die in Griechenland entstanden ist. Ziel der Initiative ist es, lokale Solidaritätsprojekte dort (z.B. Projekte, die Menschen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen ermöglichen oder Zugang zu Lebensmitteln) mit jenen Menschen, Bewegungen, Gewerkschaften in anderen europäischen Ländern zu vernetzen, welche nicht nur auf der politischen Ebene aktiv sind bzw. sein wollen, sondern auch konkrete Unterstützung anbieten wollen (siehe z.B. www.klinik-der-solidaritaet.at als ein konkretes Beispiel in Österreich).

Die Rolle von Attac im Aufbau europäischer Protestkoordination

Attac Gruppen bzw. das Europäische Attac Netzwerk spielen im Hinblick auf den Aufbau der oben beschriebenen neuen Ansätze EU-weiter Protestkoordination eine wichtige Rolle. In vielen Fällen sind Attac Gruppen Mitinitiatoren dieser Prozesse, wie z.B. bei der EU-in-Crisis Initiative, der Europa geht anders Initiative, der Vernetzung rund um die Finanzialisierung der Natur oder auch Blockupy. Attac-Gruppen sind nahezu die einzigen, die in fast allen diesen Vernetzungskontexten aktiv sind. Daher kommt ihnen auch eine wichtige Brücken- und VermittlerInnenrolle zu. Aufgrund des Charakters von Attac als eine Mischung aus sozialer Bewegung und NGO mit einer stark horizontalen Organisationsstruktur und -erfahrung ist es den AktivistInnen möglich ebenso bei den neuen sozialen Bewegungen anzudocken als auch weiterhin mit jenen Akteuren im Austausch zu sein, die bereits bisher zu den traditionellen Kooperationspartnern zählten (u.a. Gewerkschaften, Umweltbewegung etc.). So ist z.B. Attac Spanien zum einen tief in den neu entstandenen sozialen Bewegungen verankert und erfüllt dort eine wichtige Bildungsfunktion für all jene Menschen, die sich erst durch die Krise mit Fragen wie Finanzmärkten, Steuergerechtigkeit, EU Institutionen und Politik auseinandersetzen. Zum anderen ist Attac Spanien auch Teil einer Plattform mit Gewerkschaften, in der jedoch die neuen sozialen Bewegungen fehlen. Im Blockupy Bündnis ist Attac Deutschland nicht nur Mitinitiator, sondern stellt auch grundlegende Infrastruktur für die Organisation des Protestes bereit. Attac Österreich hat wesentlich an der Entstehung der Europa-geht-anders Initiative oder am Aufbau des TTIP-Protestes mitgewirkt und bringt seine Kompetenzen in der Organisation und Begleitung von politischen Prozessen auch in europäischen Netzwerken ein. Neben diesen Beiträgen sind Attac-Gruppen bzw. das Europäische Attac-Netzwerk auch zentral für die Erstellung im Bereich der Politisierung von politischen Themenfeldern und Institutionen im Bereich der Wirtschaftspolitik und der Finanzmärkte. Gegenwärtig wird am Thema EZB und Geldpolitik gearbeitet, denn obwohl die Blockupy Proteste sich gegen die EZB richten, so ist dennoch das Wissen um und über die EZB und die Geldpolitik relativ gering. Der Umstand, dass Attac-Gruppen in vielen verschiedenen Mobilisierungskontexten aktiv sind und sie sich auf europäischer Ebene auch in ihrem eigenen Netzwerk koordinieren, ermöglicht diese wichtige VermittlerInnenrolle nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer Ebene.

Bilanz der bisherigen EU-Protestkoordination und Perspektiven für die Zukunft

All diese Ansätze EU-weiter Protestkoordination sind wichtig und sie schaffen es durchaus entlang von vorhandenen Bruchlinien zumindest Sand ins Getriebe zu streuen und

erste kleine Erfolge einzufahren. Die Vertagung der Entscheidung über den Wettbewerbspakt auf Herbst 2014 oder die öffentliche Konsultation von Teilen des EU-US Handelsabkommens zählen dazu. Allerdings ist es noch nicht gelungen einen tatsächlichen Kurswechsel in der EU Krisenpolitik einzuleiten.

Dafür gibt es unterschiedliche Gründe. Einige seien hier benannt. So erschweren die sehr unterschiedlichen Realitäten und Zeitigkeiten der Krisenentwicklung und der Umsetzung der EU-Krisenpolitik in den einzelnen Ländern die transnationale Koordination von Protestmaßnahmen. Die wohl bisher größte EU-weite Mobilisierung gegen die Krisenpolitik fand am 14. November 2012 (www.facebook.com/EuropeanStrike) statt. Sie war nicht von langer Hand geplant und koordiniert. Die spanischen Gewerkschaften hatten im Herbst beschlossen am 14. November einen Generalstreik durchzuführen. Diese Idee griffen andere Gewerkschaften in Südeuropa – v.a. in Portugal und Griechenland – auf. Aus einem nationalen Streikaufruf wurde so ein südeuropäischer Streikaufruf, der letztlich auch von der gesamten europäischen Gewerkschaftsbewegung und anderen sozialen Bewegungen unterstützt wurde. In Summe gingen mehrere Millionen Menschen – vor allem in Südeuropa – an diesem Tag auf die Straße. Diesem europaweiten Streik- und Protesttag folgten jedoch keine weiteren in dieser Größe.

Ein weiterer Grund für diese Situation ist die Rolle und Haltung der Gewerkschaften, denen in dieser Auseinandersetzung angesichts der immer noch vorhandenen Mobilisierungskraft in vielen europäischen Ländern eine wichtige Rolle zukäme. Während sich alte und neue soziale Bewegungen klar gegen die aktuelle Vertiefung der Europäischen Integration in der gegenwärtigen Lage aussprechen und sich gegen die EU-Krisenpolitik stellen, so verharren viele Gewerkschaften weiterhin in der Hoffnung über den sozialen Dialog auf EU Ebene ihre Interessen durchsetzen zu können oder ziehen weiterhin die Allianz mit dem nationalen Kapital einer Allianz mit den Menschen in den anderen EU-Ländern vor. Solange die Gewerkschaften sich nicht von der Hoffnung einer anderen EU Integration und einer anderen EU-Krisenpolitik am Verhandlungstisch verabschieden, solange werden sie auch tatsächlich Teil des Problems sein. Ohne eine Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse und der Widerstandsstrategien werden die europäischen Wirtschafts- und Politikeliten ihre Politik der Zerstörung des europäischen Sozialmodells und die Aushöhlung demokratischer Strukturen fortfahren. Es braucht Widerstandsstrategien, die vielfältige Protestformen kombinieren.

Viele der seit dem Ausbruch der Krise entstandenen EU-weiten Protestkoordinationen haben das Manko, dass es eine verhältnismäßig geringe Beteiligung von sozialen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften aus den mittel- und osteuropäischen Ländern aber auch aus Skandinavien gibt. Das ist und bleibt eine große Herausforderung – angesichts der geringen finanziellen Mittel mit denen viele dieser Protestkoordinationen konfrontiert sind, braucht es hier auch Ideen und Ansätze, die diese Einbindung dennoch sicherstellen.

Die bisherigen Ansätze EU-weiter Protestkoordination zeigen auch, dass die Organisation des Widerstands entlang von Abwehrkämpfen alleine nicht ausreicht. Die Ungleichzeitigkeit bei der Umsetzung von Maßnahmen (von einigen wenigen Ausnahmen wie z.B. TTIP abgesehen), erfordert die Formulierung von anschlussfähigen Forderungen und Alternativen für die man kämpft. Solche Forderungen müssen für die unterschiedlichsten Gruppen ebenso wie für die Bewegungen in möglichst vielen Ländern anschlussfähig sein, um tatsächlich europaweite Mobilisierungen zu ermöglichen. Aus einer historischen Perspektive, ist der erste Mai mit seiner Forderung nach einem 8 Stunden Tag und dem

Allgemeinen Wahlrecht ein Beispiel dafür. Was wären also ein, zwei oder drei zentrale strategische und anschlussfähige Forderungen, die es heute zu stellen gilt, die eine breite, europaweite Mobilisierung ermöglichen könnten? Diese Forderungen gilt es zu entwickeln.

Wiewohl viele den Wunsch nach und die Hoffnung auf einen koordinierten, breiten europäischen Protest gegen die EU Krisenpolitik haben, der es schafft die aktuelle Krisenpolitik zu beenden bzw. zu verändern, so wenig ist dieser derzeit in Sicht. Am ehesten könnte die Mobilisierung rund um das Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA – TTIP – der Hebel für eine breite Protestfront werden.

Allerdings sind die seit dem Ausbruch der Krise entstandenen Ansätze EU-weiter Protestkoordination wichtige Versuche auf dem Weg zu diesem Ziel. Dort finden inhaltliche Auseinandersetzungen statt, aus denen Mobilisierungsschritte und -strategien entstehen, die an unterschiedlichsten Stellen Widersprüche vergrößern und die für eine breitere Öffentlichkeit sichtbar und spürbar machen, dass es einen gemeinsamen Widerstand gegen die aktuelle EU-Krisenpolitik gibt.

Die Ansätze EU-weiter Protestkoordination müssen – wie bereits eingangs erwähnt – als Suchprozess verstanden werden. Diese gestalten sich auch deshalb schwierig, da wir nicht nur vor der Herausforderung stehen, die aktuelle EU-Krisenpolitik zu verhindern oder zu beenden. Es geht auch um die Frage, wohin sich Europa und die Europäische Integration entwickeln soll. Ein Zurück zum bisherigen europäischen Entwicklungsmodell, bei dem das gute Leben in Europa auf Kosten der Übernutzung von Ressourcen der Menschen im Globalen Süden basiert, ist für viele Bewegungen angesichts von Klimawandel und dem Recht aller Menschen auf ein gutes Leben nicht möglich. Ebenso wenig sind die unter dem Begriff „Grüne Wirtschaft“ titulierte Vorschläge, hinter dem sich letztlich nichts anderes als eine grüne Version des Kapitalismus versteckt, eine Lösung. Die Europäische Integration in der gegenwärtigen Form wird immer mehr in Frage gestellt unter dem Schlagwort die „Zukunft Europas“ finden immer mehr Debatten statt. All das sind wichtige und umfassende Fragen, auf die nicht so schnell Antworten gefunden werden (können). Das Wichtige daran ist, dass die Diskussion innerhalb progressiver Bewegungen und Gewerkschaften stattfindet bzw. begonnen wurde.

Blickt man zurück auf das Jahr 2008, in dem die Finanz- und Wirtschaftskrise ausgebrochen ist, so hat sich seitdem im Bereich der EU-weiten Protestkoordination viel getan. Die Geschwindigkeit mit der jedoch rechtsextreme bzw. rechtspopulistische Parteien und Bewegungen wachsen, ist nicht nur bedenklich, sondern erfordert Antworten und Gegenstrategien. Es bleibt zu hoffen, dass der Aufbau und die Ausweitung EU-weiter Protestkoordination progressiver Kräfte rasch genug voranschreitet und in einen politischen Kurswechsel mündet, um der Gefahr einer autoritären, nationalistischen Lösung der Krise zuvor zu kommen. Wir alle sind gefordert dazu unseren Beitrag zu leisten.